

die Kirche nur begrenzt bedrängt wird, sieht es insbesondere in der ČSSR, in Rumänien, aber auch in der Sowjetunion erheblich schlechter aus. Ungarn müßte in dieser Aufzählung eine Mittelstellung einnehmen.

### Zunächst eher Entkrampfung

Wenn man eine erste sehr vorläufige Bilanz zieht, so ist das größere persönliche Engagement dieses Papstes in der stets in erster Linie pastoral geprägten vatikanischen Ostpolitik unverkennbar. Das Bemühen um den direkten freimütigen Dialog bei sachgerechter Berücksichtigung systemimmanenter Normen kommunistischer Regime ist Ausdruck dieser Bestrebungen. Als recht nützlich erweist sich jetzt die jahrzehntelange Umgangserfahrung des Papstes mit kommunistischen Funktionären und die genaue Kenntnis von der Psychologie und der Mentalität derselben. In die vatikanische Ostpolitik scheint etwas frischer Wind hineingekommen zu sein; unverkennbar ist auch, daß sich unter dem neuen Pontifikat der Stellenwert der katholischen Kirche auch in Ländern unter kommunistischen Machthabern erhöht hat. Es könnte sein, daß unter

seinem Pontifikat die *Aufnahme diplomatischer Beziehungen* mit verschiedenen kommunistischen Staaten realisiert wird. Kardinal König bezeichnete jedenfalls in einer Pressekonferenz zum Thema „Hundert Tage Pontifikat Johannes Pauls II.“ am 22. Januar 1979 die Möglichkeiten einer diplomatischen Kontaktaufnahme „nicht aus der Luft gegriffen“.

Ein Wesenszug dieses Papstes scheint jedoch zu sein, nichts zu übereilen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Wenn man nach sieben Monaten sich eine Bilanz erlaubt, so sind grundlegende Änderungen weder in der vatikanischen noch in der kommunistischen Kirchenpolitik erfolgt, und solche sind auch zumindest vorerst nicht in Sicht. Unverkennbar sind jedoch auf beiden Seiten neue Akzente, die eher auf Momente einer Entkrampfung der Beziehungen von Kirche und Staat hinzielen als auf verschärfte Konfrontation. Daß der Papst Erzbischof Casaroli zum (Pro-)Staatssekretär ernannt und Casarolis langjährigen Stellvertreter Silvestrini zu dessen Nachfolger bestellt hat, weist jedenfalls von vatikanischer Seite auf Kontinuität hin. Viel Spielraum bleibt ohnehin nicht und wird auch in Zukunft kaum bleiben. *Herbert Prauß*

## Interview

# „Wir haben zu wenig nachgedacht!“

## Ein Interview mit dem Vizebürgermeister von Wien, Erhard Busek

*Nachdem die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) unter der Führung von Bundeskanzler Bruno Kreisky bei den letzten Nationalratswahlen zum drittenmal die absolute Mehrheit gewonnen hat und ihren Stimmenanteil noch ausbauen konnte, sagt man der ÖVP trotz schlechter Prognosen für die heutige Regierungspartei in der absehbaren Nach-Kreisky-Ära eine schwierige Zeit der Selbstprüfung und Neuorientierung voraus. Über den Standort der Partei und ihre Sicht des kirchlichen Auftrags in der Politik – wobei mehr noch als Parallelen Unterschiede zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik ins Auge springen – sprachen wir mit dem Landesobmann der ÖVP und Vizebürgermeister von Wien, Erhard Busek. Die Fragen stellte Fritz Csoklich. Erhard Busek (geb. 1941 in Wien) war lange in der Jugendbewegung tätig, wurde zunächst Parlamentssekretär der ÖVP, dann Generalsekretär des ÖVP-Wirtschaftsbundes, 1975 Generalsekretär der ÖVP, 1977 Landesobmann der Wiener ÖVP, 1978 errang er als*

*Wiener Spitzenmann seiner Partei einen glanzvollen Wahlsieg (Zugewinn von 5 Mandaten). Es war der erste Wahlerfolg der ÖVP auf Wiener Boden seit vielen Jahren. Er gilt als einer der großen Hoffnungen der ÖVP.*

*HK:* Die Nationalratswahl vom 6. Mai hat eine empfindliche Niederlage der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit sich gebracht. In ersten Kommentaren wurden die personellen Ursachen, vor allem der sogenannte „Kreisky-Effekt“, in den Vordergrund gestellt. Bleiben diese Erklärungsversuche aber nicht zu sehr an der Oberfläche? Was sind die geistigen Hintergründe dieser ÖVP-Niederlage nach neun Jahren sozialistischer Alleinregierung in Österreich? Ist der Abstieg der Volkspartei eine zufällige Entwicklung, oder sind hier großräumigere Vorgänge entscheidend, Herr Vizebürgermeister?

*Busek:* Etwas vergrößernd kann man sagen, daß zwischen 1971 und 1979 die Stimmen, die für die SPÖ und die KPÖ

abgegeben wurden, und die Stimmen, die auf die ÖVP und FPÖ entfielen, nahezu gleich geblieben sind. Die entscheidenden Verluste haben wir nicht in diesem Zeitraum, sondern zwischen 1967 und 1971 hinnehmen müssen. Diese Entwicklung muß man vor dem Hintergrund der geistigen Linksverschiebung jener Jahre sehen. Einerseits kam es damals zum Wirksamwerden der Frankfurter Schule, zur Studentenrevolte, zur Verflachung gesellschaftlicher Grundwerte. Andererseits hatte sich damals auch die Kirche zu verändern begonnen, und dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Von unserer Seite wurde angesichts dieser Phänomene nicht konsequent weitergedacht, wie es notwendig gewesen wäre, um dieser Herausforderung zu begegnen. Sosehr sich Bruno Kreisky immer wieder überzeugend von links zu distanzieren versucht, so sehr ist er Nutznießer dieser Entwicklung gewesen, die ihm die Bildung der Mehrheit in Österreich ermöglicht hat und ihm daher jenen Mitte-Kurs gestattet, den er jetzt zu steuern versucht.

### **„Sich nicht übertreffen wollen in der Schaffung von Abhängigkeiten“**

*HK:* Was waren die Versäumnisse der ÖVP in der Zeitspanne 1967 bis 1971, die Sie als entscheidend bezeichnen?

*Busek:* Daß wir zu wenig nachgedacht haben.

*HK:* Vielleicht wurde auch zu wenig Widerstand geleistet in der Abwehr der damals auftretenden neuen geistigen Strömungen?

*Busek:* Das würde ich weniger sagen. Widerstand ist zu wenig. Ich glaube vielmehr, daß die ÖVP seit 1945 darauf vertraut hat, daß im wesentlichen außerhalb ihrer Reihen gedacht wird: in der Kirche und dann auch in liberalen Bereichen. Zu jenem Zeitpunkt, als die Kirche stark mit sich selbst beschäftigt war, manchen Standpunkt revidiert hat und ihr Selbstverständnis anders gesehen hat, hätte die Volkspartei von sich aus nachdenken müssen. Das haben andere Parteien in einem ähnlichen Dilemma getan. So ist die CSU damals auf einen betont konservativen Kurs umgestiegen. Das hat die ÖVP nicht in gleichem Ausmaß getan.

*HK:* Hätte die ÖVP auf einen CSU-Kurs umsteigen sollen?

*Busek:* Nein. Die geistige Lage in Österreich ist eine andere. Es gab in der österreichischen Geschichte nur einmal eine katholisch-konservative Partei, dieser Begriff ist bei uns nicht so recht zu Hause. Ich konstatiere aber, daß damals in wichtigen Bereichen des Lebens Auflösungsprozesse begonnen haben, die zu Zerstörungen auf den Ebenen von Ehe und Familie, von Schule und Erziehung geführt haben. In den Schulen ist das Erzieherische als Grundaufgabe fast völlig verschwunden, es bleibt die Wissensvermittlung und die Vollziehung von Verwaltungsvorschriften. Im Bereich des Staates droht die Dienstfunk-

tion der Staatseinrichtungen verlorenzugehen. Angesichts dieser Lage möchte ich eine im guten Sinn radikale Antwort versuchen, aber nicht so, daß ich ein Feindbild aufbaue, sondern mit Hilfe konkreter Leistungen: So sind z. B. Tagesmütter als eine Art Nachbarschaftshilfe ein Beitrag zu einem neuen Familienbild; Lehrer, die mit Schülern über die Schule hinaus arbeiten und leben, sind Zeichen der Erziehungsaufgabe; durch Versuche, den Kontaktmangel alter Menschen zu lindern, soll auch dieser Lebensbereich neu gestaltet werden.

*HK:* Sie plädieren also nicht primär für eine Abwehr anderer Ideologien, sie sind für Reformen und Neugestaltung?

*Busek:* Ich wage die These, daß die marxistische Ideologie oder das, was im österreichischen Sozialismus aus ihr geworden ist, sich selbst konserviert hat. Durch die Regierungstätigkeit der Sozialistischen Partei kam es zu einem „Sich-hinein-Entwickeln“ in die staatlichen Institutionen, zu einem Inbesitznehmen, was eine bürgerliche Erscheinung im alten Sinn ist. Gegenüber dieser totalen Inbesitznahme einer wahrscheinlich zumindest 13 Jahre an der Macht befindlichen Mehrheit ist nur eine einzige Antwort möglich: sie nicht übertreffen wollen in der Schaffung von Abhängigkeiten, sondern sie kontrastieren im Herstellen von Selbständigkeiten.

### **„Radikale Ansätze zu einer Alternative“**

*HK:* Wie sozialistisch ist die Sozialistische Partei in Österreich heute? Ist nicht vieles, was sich im Bereich von Ehe, Familie und Erziehung verändert hat, eher auf liberale oder hedonistische Leitbilder zurückzuführen?

*Busek:* In einem Punkt ist die SPÖ sozialistisch: in der Verwendung des Staates als Hebel für eine angestrebte Entwicklung. Die SPÖ ist sicher auch sozialistisch in der Ansicht, daß der Staat und das Kollektiv besser wissen, wohin es gehen soll. Die kollektive Heilserwartung ist größer als die persönliche. Andererseits hat sich ein gewisser staatlicher Feudalismus dazugeschlagen, den man aus der Gleichsetzung von Bruno Kreisky und Kaiser Franz Josef ablesen kann. Ich halte die Sozialistische Partei für die eigentliche konservative Partei. Die SPÖ ist von ihrer Praxis her keine marxistische Partei mehr. In ihrer Grundfragestellung möchte sie die heute geläufigen politischen Trends immer noch fortschreiben, der Mensch soll mehr verdienen, größer bauen, alles zentraler machen. Die notwendige Fragestellung von heute und morgen ist mit Sicherheit eine umgekehrte: sinnvolle Begrenzung der Möglichkeiten des Menschen, Begrenzung der Geschwindigkeit, Begrenzung des Städtewachstums, Begrenzung des Hausbaues, Begrenzung der Selbstausbeutung des Menschen. Hier liegen die radikalen Ansätze zu einer Alternative. Die entscheidende Frage ist, ob die ÖVP diesen Weg begehen wird.

*HK:* Ist die Fristenregelung im Abtreibungsstrafrecht, die in Ländern völlig verschiedener weltanschaulicher und

politischer Prägung beschlossen wurde, nicht ein Symptom dafür, daß sich quer durch die diversen Parteilager und Staatensysteme in den Industrieländern ein Grundgefühl des Lebens entwickelt, das das private „Glück“ des einzelnen zum Maßstab aller Dinge nimmt?

*Busek:* Das ist das Ergebnis der nachindustriellen Gesellschaft, wenn man will, auch einer nachchristlichen Epoche. Der Hinweis auf den verbreiteten Hedonismus stimmt sicher. Er wirkt tief hinein bis in die Kirche. Ich möchte mir es aber nicht so einfach machen und jetzt sagen: Der Untergang des Abendlandes ist jetzt endgültig da. Man muß doch auf der anderen Seite feststellen, daß gerade junge Menschen voll und ganz da sind, wenn es um einsehbare Aufgaben, einsehbare Aktionen, um ein einsehbares Engagement geht.

*HK:* Nun zum Verhältnis der Kirche zu den politischen Parteien, in diesem Fall zur ÖVP. Der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl hat in einem vielzitierten Vortrag gesagt, die ÖVP habe sich zu wenig darum gekümmert, was seit dem Konzil in der Kirche vor sich gegangen ist. Was sagen Sie dazu?

*Busek:* Ich habe wiederholt zugegeben, daß das nach meiner Meinung zutrifft. Ich glaube, daß die ÖVP ein wenig aus der kirchlichen Entwicklung herausgefallen ist und die Kirche aus der politischen Entwicklung.

*HK:* Die ÖVP deklariert sich selbst als Partei mit einer christlichen Grundlage?

*Busek:* Als Partei mit einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft.

*HK:* Wie christlich ist die Volkspartei heute?

*Busek:* Wieweit die ÖVP in ihren Worten und Werken christlich ist, das ist eine Prüfung, die mir nicht zusteht. Sicher ist aber, daß die Christen in der Partei deren Linie bestimmt haben und bestimmen. Christlich in dem Sinn, daß sie eine Kirchen-Partei ist, das ist die ÖVP sicher nicht.

## „Christen haben sich nirgendwo engagiert“

*HK:* Nimmt die Zahl der bewußten Christen nicht gerade unter den jüngeren Funktionären ab? Spiegelt sich da der zwischenzeitliche Auflösungsprozeß katholischer Jugendorganisationen wider?

*Busek:* Es steht außer Frage, daß die Entwicklungen innerhalb der Kirche auch Rückwirkungen auf das politische Leben haben. Dazu kommt noch, daß quer durch alle Gruppen ein falsch verwendeter Begriff des „Liberalismus“ in Mode gekommen ist, der auch die ÖVP betroffen hat. Das heißt: Jene Generation, die kein klares Kirchenbild mitbekommen hat, hat auch keine klaren christlichen Positionen. In diesem Sinn besteht das Problem des Nachwuchses von Christen ganz sicher. Ich gehe so weit und

sage, das würde mir gar nichts ausmachen, wenn ich wüßte, daß sich Christen inzwischen in einer anderen Partei engagiert haben. Ich glaube aber, ohne hier überkritisch oder parteilich zu sein, die Christen haben sich, wie die Situation jetzt bei uns in Österreich aussieht, nirgendwo engagiert. Und das halte ich für noch problematischer.

*HK:* Ist das nicht ein sehr negatives Urteil über den Weg der Kirche in Österreich, wie er in politics versucht wurde?

*Busek:* Die Kirche in Österreich ist nach dem Zweiten Weltkrieg einen prinzipiell richtigen Weg gegangen. Sie hat dabei zwei sehr wesentliche Meilensteine gesetzt: Das eine war der Katholikentag 1952 mit der Feststellung, daß die Kirche für alle Menschen da zu sein hat und daß der Staat nicht im Besitz der Parteien stehen darf. Das zweite war der Katholikentag 1962 mit der Feststellung, daß die Kirche das Gewissen der Gesellschaft ist. In einigen wichtigen Fragen ist dieses Gewissen zu spät erwacht.

*HK:* Könnten Sie dafür auch ein konkretes Beispiel geben?

*Busek:* Zum Beispiel in der Abtreibungsfrage. Eine Diskussion um diese Frage hat es vor der Debatte um den § 144 praktisch nicht gegeben, obwohl die hohen Abtreibungszahlen und die Notlage vieler Frauen schon lange bestanden haben. Erst die Frage, ob die formale Gesetzesbestimmung bleibt oder fällt, hat das Problem aktualisiert. Das spätere Volksbegehren der „Aktion Leben“ hat da eine geschichtliche Rolle gespielt: Die Christen haben erkannt, daß sie für ihre Überzeugungen werben müssen, wenn sie ihre Vorstellungen durchsetzen wollen, daß eine Bewußtseinsbildung notwendig ist.

*HK:* Hat aber nicht gerade die Erfolglosigkeit des Volksbegehrens die Ohnmacht der Katholiken in Österreich deutlich werden lassen?

*Busek:* Es war ein tragisches Ergebnis im Verhältnis zum Einsatz, der geleistet wurde, es war aber ein wichtiges Ergebnis für die möglichen Konsequenzen daraus. Man muß auch dazu sagen: Wenn die Evangelisation so schwach geworden ist, daß viele Menschen nicht mehr erreicht und überzeugt werden können, dann werden auch die politischen Ergebnisse kaum anders sein. Es ist eben die Wirklichkeit der Kirche heute, daß wir Christen in der Diaspora leben. Und Christen in der Diaspora sind nicht mehrheitsbildend.

## „Fragen nach der Hoffnung, nach dem Mysterium, nach der Freude“

*HK:* Welche politischen Möglichkeiten bleiben dann den Christen noch, wenn Mehrheiten für ihre Positionen nicht mehr zu gewinnen sind?

*Busek:* Die Kirche hat die unersetzliche Funktion, sei es gelegen oder un gelegen, Dinge zu sagen, die dem Dekalog

und den Anrufungen der Bergpredigt entsprechen. Wer tritt beispielsweise für jene ein, die nicht in der Lage sind, voll in der Gesellschaft zu wirken – etwa für die Kinder oder für die Alten? Auch was die Tröstung der Witwen und Waisen betrifft, so gibt es dieses Problem ganz entschieden auch und gerade heute: bei den nicht vollständigen Ehen, bei den Geschiedenen, in der Situation der amputierten Familien. Oder wenn Sie die Situation der Jugend nehmen, die zu einem Teil fast lebensmüde geworden ist, wobei ich nicht die Bereitschaft zum Selbstmord meine, sondern, daß die Kraft fehlt, das Leben anzunehmen. Hier stellen sich Fragen nach der Hoffnung, nach dem Mysterium, nach der Freude, nach der Begegnung von Menschen. Die Kirche in Österreich ist einen guten Weg gegangen hinsichtlich der Gemeindebildung. Die Gemeinden begreifen mehr und mehr ihre inneren Aufgaben. Daß aber eine Gemeinde offen sein muß, nach außen wirken muß, daß sie nicht nur lokalisiert sein darf – das muß erst begriffen werden.

*HK:* Muß es zu diesem Zweck nicht doch verstärkte Gruppenbildung geben? Einzelkämpfer reichen doch in einer so dicht organisierten Gesellschaft auf keinen Fall aus?

*Busek:* Ich erlebe immer wieder die Wirksamkeit kleiner Gruppen, die sich entschließen, etwas zu tun. Die Gesellschaft ist in erstaunlichem Maß durch solche kleine Gruppen zu beeinflussen. Die Kirche sollte auf die Suche gehen nach dem Charisma derartiger Gruppen, so wie es in der Geschichte immer wieder neue Orden und ähnliche Einrichtungen gegeben hat. Das müssen gar keine Massenorganisationen sein, aber es sollen Gruppen mit einer starken inneren Substanz und mit einer starken Aussage nach außen sein. Die Richtung, in die sich solche Gruppen entwickeln dürfen, ist ja schon einigermaßen abzusehen: Es geht um die Einfachheit des Lebens, um eine gewisse franziskanische Bewegung in neuen Formen, um eine Mischung von Askese und einfachem Leben und Umweltschutzbewegung...

### **„Zu wenig darum gekümmert, was heute Kirche heißt“**

*HK:* Eine ganz andere Frage: Was sagt ein ÖVP-Spitzenpolitiker zu den pastoralen Bemühungen der Kirche um Sozialisten?

*Busek:* Die Kirche muß sich um alle Menschen bemühen. Daß diese auch Parteimitglieder sind oder in Organisationen stehen, die vielleicht gegen die Kirche sind, ändert nichts an dem Auftrag der Kirche.

*HK:* Fühlen sich dadurch nicht manche treue Anhänger der ÖVP von der Kirche verlassen?

*Busek:* Das ist sicher richtig. Das ist ein Problem, das in diesem Fall die Kirche hat, weil sie die Veränderung ihres eigenen Selbstverständnisses ihren eigenen Gliedern noch nicht zur Gänze klarmachen konnte. Hier handelt es sich vor allem um Menschen, die in einer Geistigkeit aufgewachsen sind, die noch ein anderes Verständnis von der politischen Rolle der Kirche hatte. Hier hat die Information darüber, was das Zweite Vatikanum bedeutet, nicht alle Christen gleichmäßig erreicht. Aber dieses Problem hat die Kirche ja nicht nur in der politischen Dimension, sondern ebenso in der Liturgie, bei ihren Kirchengeboten, verschiedenen Lebensformen usw.

*HK:* Kommt es dadurch nicht zu einer merkwürdigen Spielart eines neuen Antiklerikalismus, indem Menschen auf der rechten Seite des politischen Spektrums nun sagen: Wir haben unseren Buckel für die Kirche und unsere Partei in schwierigsten Zeiten hingehalten – und heute läßt uns die Kirche im Stich?

*Busek:* Das ist ein wechselseitiges Verhältnis. Hier kann man uns in der Partei oder jenen, die diese Haltung einnehmen, vorwerfen, daß sie sich zu wenig gekümmert haben, was heute Kirche heißt. Andererseits ist der Kirche und ihren Organen zu sagen, daß sie eben in verschiedenen Verständnisformen von Kirche gleichzeitig lebt.

*HK:* Wie beurteilen Sie das Zwischenspiel im letzten Wahlkampf, als eine Sprecherin der ÖVP plötzlich erklärte, die Volkspartei werde von sich aus keine Änderung des Gesetzes über die Fristenlösung anstreben – eine Feststellung, die unter Katholiken in Österreich Empörung auslöste?

*Busek:* In der Hektik des Wahlkampfes wurde in diese Aussage mehr hineininterpretiert, als wirklich drin war. Es ging um die Fernseh-Erklärung der Frau Haider, daß man zunächst keine Initiative unternehmen wolle, um das Gesetz über die Fristenregelung zu ändern. Das hat den Eindruck erweckt, daß sich die Volkspartei mit der Fristenregelung abfindet oder sie womöglich billigt. Daß diese Aussage zum gegebenen Zeitpunkt nicht sehr glücklich war, das hat selbst Frau Haider festgestellt. Die Konsequenz, daß man die ÖVP nun auch nicht mehr wählen könne, wie einige katholische Gruppierungen meinten, die halte ich für schlechthin falsch. Sie arbeitet jenen direkt in die Hand, die wahrscheinlich jetzt nach der Wahl erklären werden, daß das Nationalratsergebnis auch eine Abstimmung über die Fristenregelung gewesen ist.

*HK:* In der ersten Empörung über diese Meldung hat es sogar Stimmen im katholischen Raum gegeben, die wieder einmal die Gründung einer „katholischen Partei“ gefordert haben.

*Busek:* Das halte ich für einen Rückgriff in die Nostalgie. Die Kirche muß immer wieder aufpassen vor jeder Form des Integralismus, sei es linker oder rechter Prägung.